

Zukunft Soziale Marktwirtschaft



Impulse # 2015/02

Der ökonomische Scheinriese – Deutschland in der wirtschafts- politischen Isolation

Deutschland ist dabei, sich wirtschaftspolitisch zu isolieren, und dies hat im Wesentlichen zwei Ursachen: zum einen Deutschlands wachsende Bedeutung, zum anderen die unzureichende Wahrnehmung dieser Bedeutung durch die deutschen Eliten in Medien, Wirtschaft und Politik. Diese Isolierung ist sowohl für Deutschland als auch für sein Umfeld kontraproduktiv und führt zu Fehlentscheidungen – nicht nur hierzulande, sondern auch bei den Handelspartnern. Doch unser Land hat die Chance, seine Sicht auf sich selbst und auf seine Rolle in der Weltwirtschaft zu verändern. Erste Schritte in diese Richtung sind erkennbar und werden dabei helfen, dass auch die Welt ihr Bild von Deutschlands wirtschaftlicher Macht korrigiert.

Deutschland ist wirtschaftspolitisch isoliert

Die britische Wirtschaftszeitung *The Economist* formuliert es in ihrer Ausgabe vom 14. Februar 2015 sehr deutlich: "From Washington to Athens, politicians and economists who often have little in common all agree that Germany under Chancellor Angela Merkel is largely wrong about economic policy." Wirtschaftspolitische Auseinandersetzungen sind nichts Ungewöhnliches und fester Bestandteil politischer wie akademischer Debatten. Auffällig an der aktuellen Auseinandersetzung ist jedoch der Verlauf der Standpunkte entlang von Staatsgrenzen – und der Umstand, dass große Teile der deutschen akademischen und politischen Welt mit ihrer Sicht der Dinge weitgehend allein stehen.

Bertrand Benoit
Bureau Chief
Germany/Austria
The Wall Street
Journal

Telefon:
+49 30 2888 410
E-Mail:
Bertrand.Benoit@
wsj.com

Nahezu einhellig ist die Kritik, was private und öffentliche Investitionen angeht – aus den Medien, von Volkswirten, Regierungen und internationalen Organisationen: Deutschland investiere zu wenig und schädige damit Europa, die Welt und vor allen Dingen sich selbst. In der Wahrnehmung der ausländischen Beobachter haben wichtige Regierungsprojekte (Energie-wende, Mindestlohn, Mietpreisbremse) die unerfreuliche Nebenwirkung, Investoren zu verunsichern und abzuschrecken – was die Kritik noch verschärft. Der Eindruck hat sich festgesetzt, Deutschland handele, insbesondere was die öffentlichen Investitionen betrifft, sowohl egoistisch als auch selbstschädigend:

- Egoistisch, weil das Aufrechterhalten dieser Investitionslücke der europäischen Gesamtwirtschaft die entsprechende Nachfrage vorenthalte. Dadurch entfalle für den gesamten Euroraum eine wesentliche Wachstumsquelle.
- Selbstschädigend, weil angesichts der niedrigen Realzinsen nahezu jede Investition profitabel sei. Wenn Wachstum auf Pump sich je lohne, so das Urteil, dann doch jetzt.

Die Kritik endet nicht bei den Investitionen. Sie greift weiter und lautet vereinfacht: Deutschlands Wirtschaftspolitik wird im Ausland als deflationär wahrgenommen. Durch Jahre der Haushaltskürzungen, Lohnzurückhaltung und fragwürdiger politischer Entscheidungen habe Deutschland eine unausgewogene Wirtschaftsstruktur entwickelt, die zugunsten der Exporte auf Binnennachfrage verzichte. In einem im März veröffentlichten Beitrag zählt der britische Volkswirt Simon Tilford folgende Faktoren auf: Strukturreformen, die zu Lohnstagnation bei Angestellte geführt haben; die chronisch niedrige Produktivität im Dienstleistungssektor; die hohe Besteuerung von Konsum und die niedrige Besteuerung von Gewinnen, Vermögen und Immobilien; sowie die in Europa einmalige Konzentration von Reichtum.

2014 erreichten die Exporte ein Allzeithoch von 1,13 Billionen Euro. Deutschland erwirtschaftete außerdem einen rekordhohen Handelsüberschuss. Der Leistungsbilanzüberschuss – ein Maß für das Investitionsdefizit gegenüber den Ersparnissen – lag nach jüngsten Berechnungen des ifo Instituts bei 220 Milliarden Euro, mehr als sieben Prozent des BIP und hoch genug, um ein Verfahren der EU-Kommission wegen wirtschaftlicher Ungleichgewichte nach sich zu ziehen.

Die Gefahr, die von dieser Schieflage für andere ausgeht, wurde erst durch die Krise der Eurozone sichtbar. Als die Krise ausbrach, standen Deutschlands Nachbarn mit einer erheblichen Wettbewerbsfähigkeitslücke gegenüber Deutschland da. Eine Korrektur durch eine Abwertung ihrer Währungen, in der Vergangenheit das gern angewandte Mittel zum Abbau der Ungleichgewichte, war nicht mehr möglich.

Als einziger Ausweg blieb, dieselbe deflationäre Politik, die Deutschland jahrelang verfolgt hatte, ebenfalls anzuwenden. So wurde das deutsche Modell zwangsläufig zum europäischen Modell. Dies aber, so die Schlussfolgerung der ausländischen Beobachter, führte die Eurozone in die Stagnation. Ohne Wachstum und ohne Inflation könne die Gesamtverschuldung der privaten und staatlichen Akteure in der Eurozone außerhalb Deutschlands nicht rasch abgebaut werden.

Kommt Deutschland seinen Kritikern entgegen? Im Ausland dominiert diese Wahrnehmung der jungen Wirtschaftsgeschichte des Euroraums nach wie vor. Allerdings scheint die Vehemenz der Kritik in den vergangenen Monaten etwas nachgelassen zu haben. Hierfür gibt es drei Gründe:

- Erstens hat die Kombination von lockerer Geldpolitik, fallendem Eurokurs, niedrigem Ölpreis und erneut steigender Löhne bei niedriger Inflation die Binnenwirtschaft stimuliert. Anders gesagt, die deutsche Wirtschaft entspricht immer mehr den Wünschen ihrer Kritiker.
- Zweitens hat Deutschland, ohne seine grundsätzliche Richtung zu ändern, seinen Kurs schleichend abgemildert. Trotz schwarzer Null wurden mehrere Entscheidungen getroffen – im Sozialetat (Rente mit 63 und Mütterrente) und in der Arbeitsmarktpolitik (Mindestlohn) –, die die Binnennachfrage zusätzlich gestützt haben dürften. Deutschlands BIP stieg im vierten Quartal 2014 um 1,4 Prozent. Obwohl Exporte dabei eine wichtige Rolle spielten, kam der größte Wachstumsbeitrag von der Binnenwirtschaft, inklusive des Konsums und der Investitionen. Deutschland ist keynesianischer als sein Ruf.
- Drittens bleibt die „deutsche Medizin“ in Europa nicht wirkungslos. Wettbewerbsfähigkeit und Exporte sind in den ehemaligen Programmländern gestiegen (weniger allerdings in Frankreich und Italien). Und angesichts des jüngsten Anstiegs der Arbeitskosten in Deutschland schließt sich die Wettbewerbsfähigkeitslücke noch schneller. Die positiven Auswirkungen dieser Entwicklung auf die hohen Arbeitslosenzahlen und auf das Wachstum in der Peripherie der Eurozone sind bislang moderat, aber die Verbesserung der Kerndaten, wie im Fall Spaniens, ist nicht zu leugnen. Die von Deutschland propagierte strukturelle Anpassung der Eurozone ist auf den Weg gebracht.

Aus deutscher Sicht hat die Krise primär strukturelle Ursachen

Trotz dieser – beabsichtigten oder zufälligen – Annäherung der praktischen Wirtschaftspolitik sind wir von einem Konsens über eine konstruktive Rolle Deutschlands in der Weltwirtschaft nach wie vor weit entfernt. Die meisten

nicht-deutschen Experten halten an ihrer Überzeugung fest, dass Deutschland seine Volkswirtschaft sehr viel stärker stimulieren sollte, um Europa als Ganzes zu stützen – und dabei sollte es höhere Defizite und das Risiko spekulativer Blasen in Kauf nehmen.

Dagegen sehen viele deutsche Experten ausschließlich strukturelle Ursachen hinter der europäischen Schuldenkrise, die es energisch zu bekämpfen gelte. Die dahinterstehende Grundüberzeugung: Deutschland solle als Vorbild, nicht als Antreiber, agieren.

Beide Sichtweisen lassen sich durch empirische Fakten und analytische Modelle stützen. Einerseits gibt es klare Hinweise, dass die deutsche Medizin wirkt. Andererseits entfaltet sich diese Wirkung zu schwach und zu langsam – und sie erzeugt problematische soziale und politische Nebenwirkungen. Argumentativ wird sich die Kontroverse kaum beenden lassen. Letztlich ist die Bewertung und Gewichtung der Fakten entscheidend. Um den Diskurs aus den ausgetretenen Wegen zu lösen, wäre eine Korrektur von Wahrnehmungsverzerrungen auf beiden Seiten, wenn nicht ausreichend, zumindest hilfreich. Drei verzerrte Wahrnehmungen erschweren den Dialog:

Unterschiedliche Zeithorizonte: der "time-scale bias"

Es wäre sicher falsch, den deutschen Eliten zu unterstellen, dass sie die wachstumshemmenden Nebeneffekte ihres Ansatzes nicht erkannt hätten. Auch werden die Nachteile und Opfer dieses Kurses keineswegs ignoriert, ebenso wenig wie die Tatsache, dass es durchaus schnellere Wege zum Wachstum gäbe. Allerdings sagen die deutschen Experten, nachhaltiges Wachstum könne nicht erreicht werden, ohne die strukturellen Probleme an der Wurzel zu packen. Und diese Arbeit brauche Zeit. Nicht ohne Grund taucht in diesem Zusammenhang oft das Bild eines Marathonlaufes auf.

Gleichzeitig werden die strukturellen Mängel vieler Volkswirtschaften in der Eurozone von nicht-deutschen Experten selten bezweifelt. Im Gegenteil. Jedoch glaubt man dort, die strukturelle Anpassung brauche mehr fiskalische Unterstützung, als Deutschland zulasse. Dies gelte selbst für den Fall, dass diese Unterstützung kurzfristige und langfristige Risiken enthalte, vom „moral hazard“ bis zu inflationären Tendenzen. Man solle tun, was heute notwendig sei, und sich um die Nebeneffekte sorgen, wenn diese tatsächlich aufträten.

Anders gesagt findet in Deutschland – bei weiten Teilen der politischen und wissenschaftlichen Eliten sowie gespiegelt in den Medien – das Langfristige besondere Beachtung, während die Analyse des Auslands mehr auf das Kurzfristige fokussiert. Beide Seiten betrachten unterschiedliche Horizonte,

wie Wissenschaftler, die zu unterschiedlichen Ergebnissen kommen, weil sie unterschiedlich kalibrierte Messgeräte verwenden.

Mächtig, aber nicht mächtig genug: der "size bias"

Deutschland hat, mindestens bis zum Anfang der Eurozonen-Krise, die Tendenz kultiviert, seinen Einfluss auf seine Nachbarländer und die Welt zu unterschätzen, während andere diesen Einfluss oft überschätzt haben.

Das Narrativ des übermächtigen Deutschland hat bei vielen ausländischen Beobachtern dazu geführt, dass sie die positiven Auswirkungen eines schneller wachsenden Deutschlands auf Europa, und auf Deutschlands Möglichkeiten, dieses zusätzliche Wachstum zu generieren, überschätzt haben und weiterhin überschätzen.

Deutschland kann, allein aufgrund seiner stagnierenden Bevölkerung, nicht so schnell wachsen wie zum Beispiel die Vereinigten Staaten, die allein durch ihre demographische Entwicklung einen Prozentpunkt mehr Wachstum pro Jahr erwirtschaften. Die Deutschen müssen aufgrund der demographischen Entwicklung eine höhere Sparquote haben. Deutschland kann und sollte schon aus diesem Grund nicht der Konsummotor Europas werden.

Im Gegensatz dazu sehen deutsche Entscheidungsträger ihr Land oft kleiner, als es tatsächlich ist. Sie werden regelmäßig von den heftigen Reaktionen überrascht, die ihre Politik außerhalb Deutschlands verursacht, sei es an den Märkten oder in der Politik.

Europa erhält Deutschlands Wettbewerbsfähigkeit: der "system bias"

Dass Deutschland seinen Erfolg nicht allein den eigenen Tugenden, sondern auch seinem Platz im Euro-Ökosystem verdankt, wird hierzulande zu selten anerkannt. Es scheint, als falle es deutschen Politikern, Beamten und Wirtschaftsführern schwer, ihr Land als Teil eines Systems zu betrachten – eines Systems, das maßgeblich zu den Erfolgen Deutschlands beigetragen hat und das auch, aber nicht allein von Deutschland gestaltet werden kann.

Man braucht nur den jüngsten Anstieg des Schweizer Frankens zu beobachten, um zu ahnen, was passieren würde, wenn das exportstarke Deutschland seine Währung nicht mehr mit weniger leistungsstarken Nachbarn teilen würde. Einem – angesichts Deutschlands Leistungsbilanzüberschuss sehr plausiblen – "Schweizer Szenario" würde die berühmte Wettbewerbsfähigkeit Deutschlands kaum lange standhalten können.

Solide Selbsteinschätzung und Gelassenheit sind Teil der Lösung

Die Krise hat schon einiges zerstört, darunter eine Menge gegenseitiges Vertrauen innerhalb der Währungsunion. Dies erschwert die Zusammenarbeit. Zu hoffen ist, dass Korrekturen in der deutschen Wahrnehmung der Außenwelt und umgekehrt in der allgemeinen Wahrnehmung Deutschlands dieses Vertrauen neu aufbauen helfen.

Die Welt könnte von Deutschlands Fokus auf das Langfristige lernen – nicht zuletzt, um seine Absichten besser einschätzen zu können, und auch die Grenzen des deutschen Einflusses besser erkennen und akzeptieren lernen. Vielleicht ist das auch ein hilfreiches Mittel gegen wilde ökonomische Verschwörungstheorien über angebliche Pläne Deutschlands, seine Nachbarn demütigen und beherrschen zu wollen. Als ich noch als Sprecher des deutschen Bundesfinanzministeriums arbeitete, habe ich gegenüber ausländischen Pressevertretern oft den Satz verwendet: "We're neither that clever nor that evil."

Deutschland seinerseits sollte seine Introvertiertheit überwinden. Es muss lernen, die Auswirkungen seiner Politik auf sein Ökosystem besser einzuschätzen. Und es könnte sich noch mehr als bislang als wichtigen Teil dieses Ökosystems betrachten, dessen Untergang es nicht ohne erhebliche Schäden überstehen würde. Daher muss Deutschland weiter bereit sein, in dieses System zu investieren und auch die damit einhergehenden Kosten zu tragen.

Jedoch ist der gute Wille auch der anderen Länder dabei nicht zu unterschätzen. Obwohl Berlin in der politischen Auseinandersetzung bei anderen Regierungen oft auch auf Widerstand trifft, genießen Deutschland und seine Kanzlerin, wie die Umfragen immer wieder ausweisen, ein hohes Ansehen in Europa und der Welt. Vielen gilt Deutschland als eines der bestgeführten Länder weltweit. Eine Grundsympathie für Deutschland ist bei den Partnern vorhanden. Sie sollte Deutschland und seine Eliten gelassener machen – und nicht zuletzt auch Kritik ertragen helfen.

Literatur

- Germany rebalancing: Waiting for Godot. Simon Tilford. Centre for European Reform, London, März 2015.
- ifo Institut. „Deutschland steigert Kapitalexport auf neuen Rekord“. Pressemitteilung. 2. Februar 2015.
- The Economist. The German economy – No new deal. 14. Februar 2015: 19–20.

Policy Briefs Zukunft Soziale Marktwirtschaft:

- 2010/01: Globale Leistungsbilanzungleichgewichte – China-Bashing ist keine Lösung; Thieß Petersen
- 2011/01: Das Soziale sozialer Marktwirtschaften – Gerechtigkeit in Europa; Dr. Stefan Empter
- 2011/02: Nach der Krise ist vor der Krise – Was schützt uns vor dem nächsten Mal?; Dr. Thieß Petersen, Dr. Jörg Habich
- 2011/03: Zukunftsmodell Soziale Marktwirtschaft; Dr. Thieß Petersen
- 2011/04: Gesellschaftliche Alterung – eine unterschätzte ökonomische Herausforderung; Dr. Thieß Petersen
- 2011/05: Stellschraube Migration: Demographische Projektionen und Ihre Implikationen; Prof. Dr. Martin Werding, Dr. Thieß Petersen
- 2012/01: Auf dem Weg zu einer modernen Arbeitsmarktpolitik; Dr. Juliane Landmann
- 2012/02: Gesetzliche Rente, demographischer Wandel und öffentliche Finanzen; Prof. Dr. Martin Werding, Dr. Thieß Petersen
- 2012/03: Nachhaltiges Wirtschaften – ganzheitliche Strategien und Prinzipien; Dr. Thieß Petersen
- 2012/04: Die Vermessung der modernen soz. Marktwirtschaft; Cortnie Shupe
- 2012/05: Maastricht 2.0 – Vorschlag für eine neue Verschuldungsregel; Dr. Thieß Petersen, Dr. Michael Böhmer, Dr. Johannes Weisser
- 2012/06: Wirtschaftliche Folgen eines Euro-Austritts der südeuropäischen Mitgliedsstaaten; Dr. Thieß Petersen, Dr. Michael Böhmer
- 2012/07: Nachhaltigkeit und Solidarität – Grundgedanken einer neuen Finanzverfassung; Dr. René Geißler
- 2013/01: Wirtschaftliche Vorteile der Euro-Mitgliedschaft für Deutschland; Dr. Thieß Petersen, Dr. Michael Böhmer, Henning vom Stein
- 2013/02: Green and Fair Economy - ganzheitliches Konzept für nachhaltiges Wirtschaften; Céline Diebold, Armando Garcia Schmidt, Dr. Thieß Petersen, Birgit Riess, Dr. Daniel Schraad-Tischler, Henrik Riedel

- 2013/03: Soziale Marktwirtschaft in Europa? – Indexergebnisse; Cortnie Shupe
- 2013/04: Wem nutzt ein transatlantisches Freihandelsabkommen?; Dr. Ulrich Schoof, Dr. Thieß Petersen, Prof. Gabriel Felbermayr, Ph.D.
- 2013/05: Bundesländer, Branchen und Bildungsgruppen – Effekte einer THIP auf Deutschland; Dr. Ulrich Schoof, Mirco Ronge, Prof. Gabriel Felbermayr, Ph.D.
- 2013/06: Europas Nachhaltigkeitsstrategie – Abschied in der Eurokrise oder ambitionierter Neustart?; Céline Diebold, Thomas Fischer, Benjamin Dierks
- 2014/01: Wer profitiert am stärksten von der Globalisierung?; Dr. Thieß Petersen, Dr. Michael Böhmer, Dr. Johannes Weisser
- 2014/02: 20 Jahre Binnenmarkt – Wachstumseffekte der zunehmenden EU-Integration; Dr. Thieß Petersen, Dr. Michael Böhmer, Dr. Johannes Weisser
- 2014/03: Arbeit in der digitalen Welt – Jobless Growth und Cloudworking; Dr. Juliane Landmann
- 2014/04a: Nachhaltiger Konsum von Kindern und Jugendlichen – Eine Frage der Kompetenz; Andreas Galling-Stiehler, Henrik Riedel
- 2014/04b: Nachhaltige Partizipation von älteren Menschen – Soziales Engagement in jedem Alter; Andreas Galling-Stiehler, Henrik Riedel
- 2014/04c: Nachhaltige Haushaltspolitik in Zeiten der Schuldenbremse – Konsolidieren, aber richtig; Andreas Galling-Stiehler, Henrik Riedel
- 2015/01: Globalisierung, Digitalisierung und Einkommensungleichheit; Dr. Thieß Petersen
- 2015/02: Europa investiert!? Deutsche Finanzpolitik im Dilemma; Dr. Henrik Scheller, Dr. Henrik Brinkmann
- 2015/03: Lohnungleichheit in Deutschland – Welche Rolle spielt der Handel?; Dr. Ulrich Schoof, Dr. Thieß Petersen, Prof. Gabriel Felbermayr, Ph.D.
- 2015/04: Arbeitsmobilität in Europa: Ausgleich wirtschaftlicher Ungleichgewichte?; Mikkel Barslund, Matthias Busse, Joscha Schwarzwälder

V.i.S.d.P

Bertelsmann Stiftung
Carl-Bertelsmann-Straße 256
D-33311 Gütersloh

Dr. Thieß Petersen
Telefon: +49 5241 81-81218
thiess.petersen@bertelsmann-stiftung.de

Eric Thode
Telefon: +49 5241 81-81581
eric.thode@bertelsmann-stiftung.de